

Postulat Rania Bahnan Büechi (GFL)/Barbara Streit-Stettler (EVP): Koordination und Anpassungen der Informationsangebote im Integrationsbereich sind gefragt!

Das neue Ausländergesetz ist im Januar 2008 in Kraft getreten. Der Bund hat im Ausländergesetz den Kantonen und Gemeinden wichtige Impulse gegeben zur Förderung der Integration. Mit Hilfe des neuen Gesetzes sollen günstige Rahmenbedingungen für die Chancengleichheit und die Teilnahme der ausländischen Bevölkerung am öffentlichen Leben ermöglicht werden. Artikel 56 „Information“ fordert von den Kantonen und Gemeinden eine pro-aktive Haltung und eine angemessene Information der Ausländerinnen und Ausländer über Lebens- und Arbeitsbedingungen in der Schweiz.

Dieses Gesetz sieht vor, dass die Integrationsaufgabe grundsätzlich eine staatliche Aufgabe ist und nicht hauptsächlich eine Aufgabe von privaten Institutionen. D.h. jeder Kanton und jede Gemeinde wird aufgefordert, eine Strategie zu erarbeiten, wie die nötigen Informationen in einer sinnvollen Form vermittelt werden können. Das bedeutet eine genauere Prüfung der bestehenden Angebote und als Folge in bestimmten Fällen strukturelle Anpassungen oder allenfalls neue effizientere Strukturen. Es ist wichtig und anspruchsvoll, inwiefern die Stadt diese Aufgabe ausgestaltet. Informationen müssen systematisiert werden, und die Ausführenden müssen Kompetenzen in der Kommunikation mit Menschen aus anderen Kulturen haben und über Erfahrungen verfügen, welche Anliegen und Problemfelder in diesem Bereich wichtig sind. Diese Herausforderung ist aus der Sicht unserer Fraktion auch eine Chance für die Stadt Bern, ein bedürfnisorientiertes Angebot zu schaffen, das Wirkung entfaltet.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Gemeinderat:

1. ein klares Konzept – mit Meilensteinen und messbaren Zielen – zu erarbeiten, wie er den neuen Auftrag des Ausländergesetzes betreffend Information umsetzen will. Der Einbezug der hier ansässigen „Migranten-Communitys“, die über viel Erfahrung in Bezug auf Informationsbedürfnisse verfügen, muss dabei garantiert sein
2. dass er prüft, ob dieses Konzept zur Information der Ausländer und Ausländerinnen über Lebens- und Arbeitsbedingungen in der Schweiz wirksam durch einen privaten Verein mit einem Leistungsauftrag mit messbaren Zielen erbracht werden kann
3. dass er bezüglich der Information der Ausländer und Ausländerinnen den bestehenden Leistungsauftrag mit der Informationsstelle für Ausländerinnen- und Ausländerfragen (isa) und weiterer von der Stadt unterstützten Institutionen von einer unabhängigen externen Stelle evaluieren lässt
4. dass er klärt, ob und wie die Informationsaufgaben der isa und des Info Bern der Stadt Bern sich überschneiden, und dass er prüft, ob diese Aufgaben ev. bei einer Institution zusammengelegt werden könnten
5. dass er prüft, ob die diesbezügliche Leistung der isa mit dem Kompetenz-Zentrum Integration zusammengelegt werden könnte
6. dass er solche Leistungsaufträge periodisch öffentlich ausschreibt.

Bern, 3. Juli 2008

Postulat Rania Bahnan Buechi (GFL)/Barbara Streit-Stettler (EVP), Ueli Stückelberger, Anna Magdalena Linder, Conradin Conzetti, Peter Künzler, Susanne Elsener, Nadia Omar, Daniela Lutz-Beck, Verena Furrer-Lehmann, Martin Trachsel

Antwort des Gemeinderats

Der Gemeinderat begrüsst den Vorstoss und erachtet den Zeitpunkt für eine Überprüfung der Angebote und Strukturen sowie für die Erarbeitung einer Informationsstrategie als ideal. Weitere Prüfungen seitens Bund und Kanton sind bereits in Auftrag gegeben und können für den Prüfungsbericht einbezogen werden und als Grundlage dienen. Bis 2011 will der Bund seine neue Finanzierung und geplanten Konzepte im Bereich Integrationsförderung umsetzen. Die Organisationsentwicklung der Institutionen Vereinigung für Beratung, Integrationshilfe und Gemeinwesenarbeit (VBG), Dachverband für offene Arbeit mit Kindern (DOK) und Trägerverein für offene Jugendarbeit (TOJ) ist in den Prüfungsbericht einzubeziehen. Diskussionen mit der Informationsstelle für Ausländer und Ausländerinnen ISA bezüglich INFO BERN (Abgrenzung/Synergien/Zukunft) sind bereits angelaufen.

Antrag

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, das Postulat erheblich zu erklären.

Bern, 17. Dezember 2008

Der Gemeinderat